

DER STACHEL

ZEITSCHRIFT DES JUSO-KREISVERBANDES RENDSBURG-ECKERNFÖRDE

28. Jahrgang

Oktober 2011

FRONTEx-reisen.com

Facebook Twitter FrontexShop FrontexFly FrontexInternational FrontexBootsreisen FrontextHilfensnot

Land, Stadt, Hotel eingeben...

Startseite

Fluchtreisen

Vertreibungsreisen

Rückführung

Kettenduldung

Abschiebehaft

Bürgerkriegsflucht

Pauschalreisen

Hotels

Flug

Last Minute

Ferienhaus

Mietwagen

Suchen & Buchen

Pauschal Hotel Flug Last Minute Ferienhaus Mietwagen

☐ Fester Reisetermin ☒ Flexibler Reisetermin

Früheste Anreise 22.10.2011

Späteste Abreise XXX

Wohin möchten Sie reisen?

Malta

Malta

Wo möchten Sie abfliegen?

Hamburg (HAM)

Reisedauer
> 22 Tage

Wer macht Urlaub?

4 Erwachsene

3 Kinder

4 15 12

(Alter bei Reiseantritt)

Erweiterte Suche >

Angebot suchen



Last Minute: Flüchtlingscamp in
5.000 € - JETZT BUCHEN

UNSERE ALTERNATIVEN SIND BESSER!



Malta's Flair erleben
Zeltlager für die ganze Familie!

★★★★★
18 Wochen, 24erZi/Nusschale

p. P. ab € 374



Ägypten für Paare
Tahir Camp- frish renoviert!

★★★★★
43 Wochen, ohne Zi/Schiff

p. P. ab € 649



Liebenswertes Libyen
Diktatorensuite- jetzt wieder frei!

★★★★★
19 Wochen, Geräumiges Zelt/ Fischerboot

p. P. ab € 469

Last Minute Lieblinge

Lampedusa	**	1 Woche	p.P. ab	€ 206
Malta	**	1 Woche	p.P. ab	€ 277
Sahara	**	1 Woche	p.P. ab	€ 28
Senegal	***	1 Woche	p.P. ab	€ 3
Irak	****	1 Woche	p.P. ab	€

Newsletter abonnieren: E-Mail-Adresse eingeben

anmelden



Gefällt Ihnen frontex-reisen.com? Jetzt bewerten und gewinnen>>

INHALT & IMPRESSUM

Weise Worte

von Götz
Seite 3

Elena

erneuert
Seite 4 - 5

Moritz‘

Strategie
Seite 6

Social Media

Contra
Seite 7 - 9

Comments
Seite 8 - 9

Pro
Seite 10 - 11

Jeannie

bezaubert
Seite 12

Rente

von Pein
Seite 13

Sprechstunde

bei Dr. Voss
Seite 14 - 15

Impressum



Herausgeber:

Juso-Kreisverband
Rendsburg-Eckernförde,
Moritz Deutschmann
(V.i.S.d.P.),
Nienstadtstraße 10,
24768 Rendsburg,
www.jusos-rd-eck.de

Chefredaktion:

Götz Borchert,
(goetz@jusos-rd-eck.de)

Redaktion:

Moritz Deutschmann
Torben Küßner
(stachel@jusos-rd-eck.org)

Layout:

Lasse Nissen
(lassenissen@web.de)

Auflage:

800

Druck:

Schreiber Druck,
Feldstraße 7, 24105 Kiel



Thomas

kritisiert
Seite 15 - 16

Samt

leben
Seite 17

Aus dem Leben

einer Hose
Seite 18 - 19

Frau oder

Mann oder
Seite 19

Berlin, Berlin!

Links2011
Seite 20

Demokratie

neu denken?
Seite 21

Jusos

in Aktion
Seite 22

Ulrike

*auf internationa-
lem Parkett*
Seite 23

Liebe Leserinnen und Leser,

im letzten halben Jahr ist bei den Jusos und in der SPD viel passiert. In diesem STACHEL berichten wir von einigen Aktivitäten.

Unsere Autorinnen und Autoren beschäftigen sich in dieser Ausgabe unter anderem mit der Parteireform und Sinn und Unsinn von facebook, twitter und co.

Den Sommer über haben wir uns -das schlechte Wetter hat es leicht gemacht- in den „Demokratiesommer“ gestürzt. Auf der Homepage www.demokratiesommer.de, bei dem Zukunftsgespräch in Eckernförde oder auch auf dem BürgerInnenparteitag in Rendsburg – wir haben die Gelegenheit genutzt unsere Inhalte in den Prozess zur Erarbeitung des nächsten Regierungsprogramms einzubringen. Besonders wichtig waren uns dabei die Ausbildungsplatzumlage, Asyl als Menschenrecht, der beitragsfreie Bildungsweg und die Minderheitenpolitik. Wir sind gespannt auf den ersten Programmentwurf.

Weiter gearbeitet wird an dem SPD-Regierungsprogramm 2012 – 2017 am 19. November beim Kreisparteitag und anschließend auf dem Landesparteitag im Februar 2012 in Lübeck. Ihr seid herzlich eingeladen uns anzusprechen und mitzudiskutieren.

Einmal mehr sind in den vergangenen Monaten auch aktive Jusos ins Ausland gegangen, um dort die jungsozialistische Arbeit fortzusetzen. Maike und Lasse: Wir wünschen euch einen tollen Aufenthalt und erwarten eure Berichte hier im STACHEL!

Selbstverständlich sind auch die Artikel aller anderen Genossinnen und Genossen herzlich willkommen.

Mit solidarischen Grüßen,

Göte Borchert

Göte Borchert,
STACHEL-Chefredakteur



Öffnung = Demokratie?

Zur organisatorischen Erneuerung der SPD

Seit die SPD bei der Bundestagswahl 2009 ihr schlechtestes Ergebnis seit Bestehen der Bundesrepublik einfuhr, ist einige Zeit verstrichen und der Erneuerungsprozess hat begonnen. Insbesondere in den vergangenen Monaten wurde viel über die organisatorische Erneuerung der Partei diskutiert. Auch wir Jusos haben uns mit eigenen Vorschlägen an dieser Diskussion beteiligt. Der Bundesparteitag im Dezember soll nun endlich Klarheit darüber schaffen, was dauerhaft verändert wird. Für uns bedeutet Erneuerung vor allem: Die SPD muss sich öffnen und demokratischer werden. Aber was heißt das eigentlich genau?

In den zehn Jahren, in denen die SPD seit 1998 an der Bundesregierung beteiligt war, wurden allzu oft Entscheidungen der Parteispitze an den Mitgliedern vorbei durchgesetzt und bestehende Parteibeschlüsse im Regierungshandeln einfach ignoriert. Schon vor der Bundestagswahl 2009 wurden deshalb Forderungen nach einer grundlegenden Reform der SPD laut. Aber erst mit der krachenden Wahlniederlage öffnete sich Raum für grundlegende Diskussionen darüber, was genau in der Partei eigentlich schief läuft. Für die Jusos war dabei klar, dass die SPD aus den Fehlern der Regierungsjahre

lernen muss: Ziel der Erneuerung ist für uns, dass zukünftig Konzepte demokratisch von der Partei beschlossen und anschließend in Regierungspolitik umgesetzt werden - und das war in der Vergangenheit nicht unbedingt selbstverständlich.

Dass die SPD sich öffnen und demokratisieren muss, ist mittlerweile Konsens - wie genau das aber aussehen soll, ist umstritten. Die jüngsten Vorschläge der Parteispitze sorgten in der Partei für einige Aufregung. Darunter waren beispielsweise Vorschläge zur stärkeren Beteiligung von Nicht-Mitgliedern (etwa durch Vorwahlen nach amerikanischem Modell), alternativen Veranstaltungsformen, neuen Methoden zur Entscheidungsfindung und Verkleinerung der Spitzengremien. All diese Vorschläge müssen sich daran messen lassen, ob sie die Beteiligung der Mitglieder stärken und damit die Partei demokratischer machen. Denn die SPD ist eine Mitgliederpartei und muss dies auch bleiben.

Die Mitgliedschaft in der SPD ist nicht nur ein Bekenntnis zu den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, sondern beinhaltet auch das Recht, an den Entscheidungen in der Partei mitzuwirken. Während der Regierungszeit 1998 bis 2008 hatten allerdings viele Mitglieder das Gefühl, dass sie genau dieses

Recht de facto gar nicht haben: Entscheidungen wurden an ihnen vorbei oder sogar gegen ihren Willen getroffen. Das Ergebnis war eine nahezu lethargische Mitgliedschaft: In den Ortsvereinen fanden kaum noch inhaltliche Diskussionen statt, Parteitage wurden zu reinen Abnicker-Veranstaltungen und die Delegierten zum Stimm-Vieh. Das ist seither nur bedingt anders geworden - die Diskussionskultur in der Partei muss wiederbelebt werden. Dafür kann auch eine Öffnung für Nicht-Mitglieder sinnvoll sein. Wir Jusos binden interessierte Nicht-Mitglieder und Bündnispartner_innen seit Langem erfolgreich in unsere Arbeit ein und können der SPD als Vorbild dienen.

Diskussionen und Entscheidungen

Bei dieser Öffnung muss es allerdings einen deutlichen Unterschied geben zwischen Diskussionen und Entscheidungen. Wenn Außenstehende auch an (Personal-)Wahlen und Abstimmungen beteiligt werden, wird die Mitgliedschaft in der SPD weiter entwertet. Ziel muss aber eine Stärkung der Mitgliedschaft sein. Nur so wird die SPD-Mitgliedschaft wieder für mehr Menschen attraktiv. Das bedeutet aber nicht, dass Nicht-Mitglieder bei den Diskussionen in der SPD unerwünscht sind. Im Gegenteil: Die Partei muss viel mehr themenspezifische Angebote und

Foren zur Diskussion schaffen, die allen offen stehen, die sich daran beteiligen wollen. Dabei müssen auch unsere Strukturen auf den Prüfstand: Viele Mitglieder und Nicht-Mitglieder finden die Arbeit in Ortsvereinen unattraktiv und wollen sich mit spezifischen Themen auseinandersetzen, in denen sie sich häufig sehr gut auskennen. Wir brauchen daher mehr Angebote zur inhaltlichen Mitarbeit.

Wenn die Diskussionen und Entscheidungen mancher Parteigremien nicht mehr ernst genommen werden, darf die Konsequenz daraus nicht sein, diese Gremien abzuschaffen oder noch weiter zu entwerten. Im Gegenteil müssen die Gremien als Orte parteiinterner Demokratie gestärkt werden, damit die dort geführten Diskussionen wieder an Wichtigkeit gewinnen. Das gilt beispielsweise für den Bundesparteitag: Die Mitgliederpartei SPD leistet sich von allen im Bundestag vertretenen Parteien die wenigsten Delegierten. Für Mitglieder der SPD ist es also am schwierigsten, zum Bundesparteitag delegiert zu werden. Die Folge: Dort sind

vor allem Berufspolitiker_innen delegiert. Migrant_innen, SPD-Mitglieder ohne Mandat oder jüngere Parteimitglieder sind kaum vertreten. Die Meinungen und Erfahrungen der meisten Mitglieder werden also im wichtigsten Gremium der SPD nicht berücksichtigt. Der Bundesparteitag muss also massiv vergrößert werden!

Dass die SPD für viele, gerade junge Menschen nicht attraktiv ist, liegt auch an unseren Diskussions- und Veranstaltungsformen: Nur noch wenige können sich für Ortsvereinssitzungen in Stammstisch-Atmosphäre erwärmen. Deshalb brauchen wir neue Veranstaltungs- und Beteiligungsformen. Offene Konferenzen, Onlinebeteiligungsformen und Mitgliederbefragungen haben wir auch in Schleswig-Holstein bereits ausprobiert. Sie können frischen Wind in die SPD bringen und sind gut geeignet um Informationen und Argumente auszutauschen. Wenn sie aber als demokratische Mitgliederbeteiligung verkauft werden, sind sie bloße Partizipationsillusion. Denn verbindliche Beschlüsse können und dürfen sie nicht fassen

– das bleibt den demokratisch gewählten Gremien vorbehalten. Konferenzen, Befragungen und Internet-Diskussionen können und dürfen die innerparteiliche Demokratie nicht ersetzen!

Schöner Schein?

Die bisher diskutierten Vorschläge zur Erneuerung lassen den Eindruck entstehen, dass es vor allem um eine Aufpolierung des verstaubten Außenbildes der SPD geht. Das ist sicher kein schlechtes Anliegen – nur darf diese Image-Verbesserung nicht auf Kosten der innerparteilichen Demokratie geschehen. Wenn Spitzenkandidat_innen zukünftig direkt von der Mitgliedschaft (oder von Nicht-Mitgliedern) gewählt werden, bekommen wir König_innen, die über den Entscheidungen der Parteitage schweben. Wenn statt Parteitagen offene Konferenzen abgehalten werden, deren Diskussionen unverbindlich sind, haben wir nicht mehr Demokratie, sondern weniger. Die innerparteiliche Demokratie wird durch die Personalisierung von Politik nicht gestärkt, sondern geschwächt. Eine Erneuerung und Öffnung der Partei darf nicht auf Kosten der Mitglieder geschehen!

Klar muss aber auch sein: Zu eigener Stärke kann die Partei nicht alleine durch organisatorische Reformen zurückfinden. Die SPD muss zurück zu einer Politik der sozialen Gerechtigkeit und diese Politik auch langfristig umsetzen, ansonsten werden alle strategischen und organisatorischen Bemühungen wirkungslos verpuffen.

Elena Pieper

Mitglied im Juso-Bundesvorstand



Die Doppelstrategie der Jusos

In den meisten Flyern der Jusos wird sie gepriesen. In Reden auf Landeskonferenzen oder in Arbeitsprogrammen. Aber was ist das eigentlich? Doppelstrategie? Wer macht das? Was bringt sie und wie?

Wir Jusos sehen uns als unabhängiger Jugendverband. Wir sind nicht einfach nur Parteijugend, die Plakate klebt und bei Demos die SPD-Flagge schwenkt sondern wollen selber aktiv werden.

Um etwas zu bewirken reicht es nicht davon zu träumen. Wir müssen selber aktiv werden und unsere eigenen Ideen auf allen Ebenen immer wieder einbringen- dazu müssen wir mehr machen als Wahlkampf.

Viele Jusos sind auch in der SPD aktiv. Sie arbeiten in Ortsvereinen, Kreisverbänden oder anderen Arbeitsgemeinschaften. Für die SPD ist dies ein unverzichtbarer Teil, aber auch für uns als Jusos ist dies wichtig!

So können wir es schaffen, unsere Positionen und Beschlüsse in die Partei zu tragen. Nicht „nur als Jusos“, sondern als ordentliche Mitglieder der Gremien. Davon profitiert natürlich die SPD, aber auch die Arbeit der Jusos wird gestärkt und kann somit Stück für Stück Teil der Arbeit der Partei werden.

Die Arbeit der Jusos geht aber über die Partei hinaus!

Bei der Doppelstrategie geht es neben dem Besetzen und Gestalten von Positionen innerhalb der SPD

auch darum, in die Gesellschaft hinein zu wirken und in ständigem Austausch zu stehen.

Viele von uns sind aktiv in Sportvereinen, Jugendgruppen oder gewerkschaftlichen Bewegungen.

Wir Jusos müssen Ansprechpartnerin für diese werden. Wir Jusos müssen als natürliche Verbündete wahrgenommen werden, unabhängig von der Politik der SPD.

Mit eigenen Ideen überzeugen und junge Menschen für die Arbeit der Jusos begeistern- darum geht es auch bei der Doppelstrategie.

Sei es auf der antifaschistischen Demo oder bei der Diskussion um den Neubau des Jugendtreffs im Nachbarort. Wir Jusos sind die, die sich für die Belange aller jungen Menscheneinsetzen, egal wie sie aussehen, woher sie kommen wofür sie sich interessieren oder nicht.

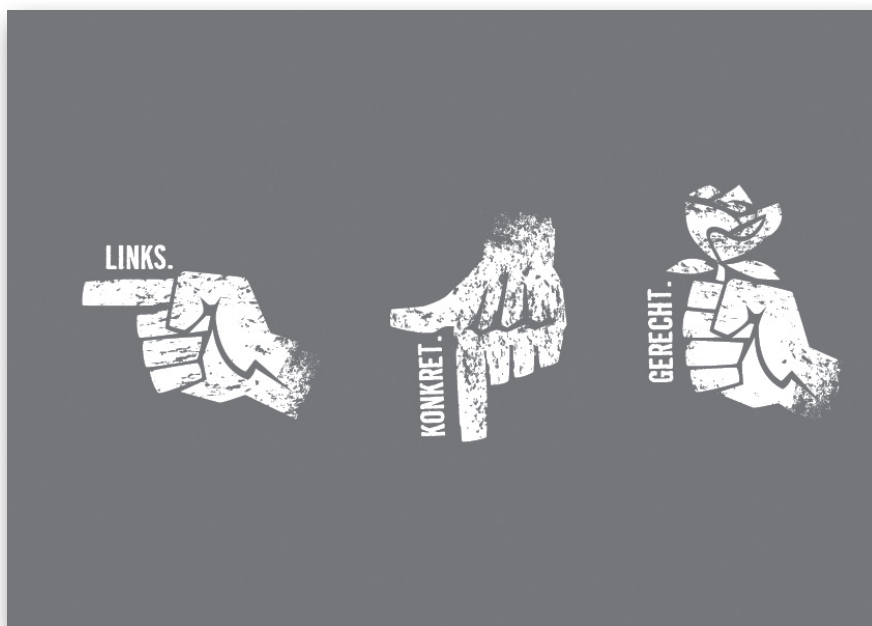
Über ausserparteiliches Engagement

können wir aber auch Druck auf die SPD aufbauen. Wir Jusos können viel weiter gehen als die Partei. Durch die Mitarbeit im Antifaschistischenbündnis können wir auch die SPD dafür gewinnen. Durch Kooperation mit Gewerkschaften wird auch die SPD wieder aufmerksamer auf diese und muss handeln.

Durch die Doppelstrategie können wir der SPD immer wieder einen STACHEL ins Fleisch setzen und sie an ihre Werte und Ideale erinnern, aber auch uns selber als Jusos stärken und voran bringen.

Geht auf die Straße, werdet aktiv, verändert die Welt!

Moritz Deutschmann



140 Zeichen für eine politische Botschaft?

Ein Meinungsbeitrag

„I'm in!“

Mit diesem via Facebook verbreiteten Bekenntnis konnten internetaffine Obama-Verehrer im weltweit größten Online-Netzwerk vor etwa zwei Monaten ihre Unterstützung für dessen Plan einer erneuten Amtszeit als US-Präsident artikulieren. Bereits im Jahr 2008 hatten der damalige demokratische Präsidentschaftskandidat und sein genialer Wahlkampfmanager David Axelrod mit ihrer eCampaigning-Strategie für Furore gesorgt und in Parlamenten, Parteizentralen und PR-Agenturen rund um den Globus eifrige Nachahmer auf den Plan gerufen. Leider auch in Deutschland.

Ungezählte PolitikerInnen und ParteienvertreterInnen, vom „RegSprecher“ abwärts bis in die Hinterzimmer und Klüngelrunden der einzelnen Nachwuchsorganisationen, lassen seit einigen Jahren keine Möglichkeit ungenutzt, aktuelle Web 2.0-Trends sogleich im Rahmen des hiesigen politischen Systems umzusetzen. Einige Gründe sprechen für das buchstäbliche „Surfen“ auf dieser Welle, andere (gute) Gründe sprechen, betrachten wir unabhängig von den einzelnen Parteien die Rahmenbedingungen des politischen Diskurses in Deutschland, dagegen. Die Technik erscheint leicht zu bedienen und vor allem das Verhältnis von (finanziellem) Mitteleinsatz und Adressatenkreis bei der Präsentation der eigenen Botschaften in sozialen Netzwerken und Microblogging-Diensten ist im Vergleich zum Kleben von Wahlkampfplakaten verlockend.

Wie aber sieht es mit dem Adressatenkreis aus, wen erreichen „tweets“, Statusmeldungen und ambitionierte YouTube-Filme wirklich und vor allem: Sagt die Anzahl der „follower“ oder der Facebook-Kontakte tatsächlich etwas über die Reichweite politischer Botschaften aus?

Social Media-Tools als Werkzeuge neuartiger Graswurzel-Kommunikation, mit deren Hilfe sich mehr oder weniger gehaltvolle Nachrichten epidemisch von Nutzer zu Nutzer verbreiten, von denen rezipiert werden und somit den hergebrachten Kanälen politischer Kommunikation beziehungsweise der etablierten Presseberichterstattung ein Schnippchen geschlagen wird? Neuere Zahlen des Netzwerkforschers Duncan Watts von der Columbia University („Who says what to whom on Twitter“) nähren zumindest Zweifel am Mythos von der durchschlagenden Wirkung von Twitter-Nachrichten als Debattiermedium, denn die Ergebnisse des Forschers zeigen unter anderem, dass etwa 50% aller versendeten „tweets“ von lediglich 20.000 so bezeichneten „elite users“ stammen. Im Hinblick auf die mitunter beschworene „digitale Politikarena“ in Deutschland stehen zudem die demografische Entwicklung der wahlberechtigten Bevölkerung und die Altersstruktur der hiesigen Internet-NutzerInnen (jedenfalls bisher) in einem eher ungünstigen Verhältnis zueinander.

Twitter ist jedoch trotz dieser Zahlen keinesfalls nur ein Elitenprojekt,

bei dem MeinungsführerInnen wie Lady Gaga, Justin Bieber oder Sacha Lobo zwangsläufig unter sich bleiben müssen. Selbstverständlich hat, das darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, die moderne Internet-Kommunikation über Dienste wie Facebook und Twitter in jüngerer Vergangenheit politische Prozesse beeinflussen können. So zum Beispiel im Frühjahr 2009 bei den Protesten im Iran oder Anfang 2011 in Tunesien und Ägypten, wo die digitale Echtzeitkommunikation zur Überwindung von autoritären Herrschaftsstrukturen einen maßgeblichen Beitrag leistete. Die genannten Länderbeispiele und vor allem die eher grundsätzlichen Fragen, die dort zur Entscheidung anstanden, mögen aber zugleich zeigen, warum ein für PolitikerInnen und WählerInnen gewinnbringender Online-Diskurs über politische Sachverhalte es in Deutschland so schwer hat. Im politischen System der Bundesrepublik, einer vergleichsweise stabilen politischen Ordnung, sind die zu regelnden (wichtigen!) Sachverhalte inzwischen so weit ausdifferenziert, dass sie sich nun mal schwerlich in 140 Zeichen pressen lassen. Detailfragen, die zum Beispiel Zuständigkeiten für die Trägerschaft von Kindergärten, die Verkehrsberuhigung einer Dorfstraße oder den Länderfinanzausgleich betreffen, werden bei aller Euphorie bezüglich digitaler Diskussions- und Partizipationsexperimente auch in der Zukunft „Offline-Auseinandersetzungen“ bleiben, so meine Vermutung.

Wer auf der Suche nach Negativbeispielen ist, wird relativ schnell beim Beteiligungstool „Adhocracy“ der Bundestags-Enquetekommission „Internet und digitale Gesellschaft“ fündig. Einem Projekt, dass trotz engagierter Kommissionsmitglieder bis zum heutigen Tag ein Elitendiskurs ohne nennenswerte Nutzerzahlen geblieben ist. Hierzulande kranken diese Prozesse aber keinesfalls an mangelndem Willen oder Engagement der Akteure, sondern zuerst an den oben angerissenen strukturellen Beschränkungen. Wie aber sieht es mit der Digitalisierung von normalerweise doch recht knappen und

schlagwortartigen Wahlkampfbotschaften aus?

Neben den politischen Alltagsdiskussionen mittels Social Media werden es auch Online-Wahlkämpfe in Deutschland auf absehbare Zeit schwer haben. Hier spielen im Vergleich zu den chronisch innovativen eCampaigning-Instrumenten in den USA aber keinesfalls mangelndes technisches Wissen oder eine von Journalisten und selbstgerechten „Bloggern“ teilweise unterstellte Rückwärtsgewandtheit der deutschen PolitikerInnen die entscheidende Rolle. Vor allem datenschutzrechtliche Fragen und das wesentlich

ausdifferenzierte, über den Artikel 21 des Grundgesetzes beziehungsweise über das Parteiengesetz gerahmte Parteiensystem sind ausschlaggebend dafür, dass Wahlkämpfe in Deutschland auch zukünftig in den traditionellen Mustern verhaftet bleiben und im „persönlichen Gespräch“ vor Ort entschieden werden. Die Dominanz parteipolitischer Strukturen in Deutschland sowie das in diesem Zusammenhang über Jahrzehnte etablierte Konzept der „Mitgliederpartei“, welches es so in vielen anderen politischen Systemen nicht gibt, tragen trotz stetig schrumpfender Ortsvereine dazu bei, dass



Ralf Stegner, MdB

Ich sehe für die Politik eher Chancen als Risiken bei der Nutzung sozialer Netzwerke:

- Das Web 2.0 bietet sehr gute Möglichkeiten unkompliziert, aber auch unverbindlich Anliegen zu unterstützen oder Kontakt aufzunehmen.
- Direkte Kommunikation im Netz ermöglicht es Parteien und Personen mehr als je zuvor andere Medien zu ergänzen - oder zu umgehen.
- Eine Partei kann über soziale Netzwerke und Dialog-Plattformen Impulse von außen aufnehmen und sie für sich und die Entwicklung ihrer Programmatik und Kommunikation nutzen. Soziale Netzwerke haben für Parteien vor allem auch einen hohen kommunikativen Wert bezogen auf die eigene Mitgliedschaft. Die Vernetzung der eigenen Mitglieder, der schnelle, unaufwendige und kostenfreie Austausch von Informationen, aber auch die gemeinschaftliche Entwicklung kreativer Öffentlichkeitsarbeit sind Gold wert.

Ich selbst bin auf twitter und facebook aktiv. Ich schreibe die Einträge selbst und antworte auf Fragen oder Kommentare – alles soweit es meine Zeit erlaubt. Ich gebe dabei auch viel über mich als Person preis - über meinen Musikgeschmack, über die Bücher die ich lese, über meine leidenschaftliche Beziehung zum HSV. Ich habe Spaß daran, diese Art der Kommunikation liegt mir. Es ist eben doch keine Alters-, sondern Typfrage. Ich glaube, die Aktivitäten von Politikern oder Parteien in sozialen Netzwerken können zu mehr Transparenz und Authentizität beitragen.



Kai Dolgner, MdB

Kommunikation ist nicht nur ein menschliches Grundbedürfnis, sie ist für PolitikerInnen unverzichtbar. Dezentrale Kommunikation im Netz ist keine Erfindung obiger kommerzieller Dienste sondern gehört schon sehr lange dazu. Im Gegensatz zu den Möglichkeiten, die der IRC schon sehr lange bietet, finde ich Twitter eher verkürzend und lange Diskussionsfäden gab es auch schon im Usenet (da war es übrigens verpönt nicht mit Klarnamen zu posten, die Diskussion um G+ ist also auch nicht arg neu). Neu ist, dass mit den mobilen Zugängen über Smartphones und dem kommerziellen Interesse der Dienstanbieter die Verbreitung explodiert ist, deshalb sollten PolitikerInnen auch über diese Dienste ansprechbar sein. Auch der Diskurs und die Zusammenarbeit untereinander lässt sich so vereinfachen. Twittero ergo sum mag anderen ein Antrieb sein, aber die Qualität meines Frühstückes oder den Zustand meiner Nase halte ich weiterhin nicht für mitteilenswert.

Online-Kampagnen hierzulande mehrheitlich diejenigen Internet-NutzerInnen erreichen, die ohnehin bereits Parteimitglieder sind; dass sich also, um es mit einer etwas angestaubten Wortschöpfung des Soziologen Niklas Luhmann auszudrücken, ein „selbstrefentielles System“ herausbildet, welches dann im allergünstigsten Fall der Motivation der eigenen Anhängerschaft dient. Die Parteien in Deutschland werden trotz dieser Hürden und trotz fehlender empirischer Evidenz bezüglich der Wirkung von Web 2.0-Tools in puncto Internet-Nutzung auch zukünftig kaum zu bremsen sein. Ein eher psychologischer Grund ist in

diesem Zusammenhang wohl ausschlaggebend. Seit der eingangs erwähnten Obama-Kampagne des Jahres 2008 mag sich kaum noch ein Politiker, Wahlkampfleiter oder PR-Berater dem Vorwurf aussetzen, „unmodern“ zu sein oder seine Kunden mit Strategien „von gestern“ auf die Jagd nach WählerInnenstimmen zu schicken.

Falls bei der bisherigen Lektüre Missverständnisse entstanden sind: Auch ich bin seit geraumer Zeit von den Möglichkeiten und Chancen der Internetnutzung fasziniert. Fasziniert von der Möglichkeit der Online-Fahplanauskunft und neugierig auf zahlreiche andere Kommunikations- und

Partizipationsangebote. Aufgabe der Politik ist es jedoch zuerst, für eine verantwortungsvolle Internetnutzung der nachwachsenden Generationen zu werben und mit einem diskriminierungsfreien Zugang zum Internet die Rahmenbedingungen hierfür zu gewährleisten. (Partei-)Politik in Deutschland sollte sich vor Ausflügen in das Internet der Beschränkungen durch strukturelle und rechtliche Rahmungen der hiesigen politischen (Kommunikations-) Kultur sowie vor allem der Beschränkungen aufgrund des erreichten Niveaus der Regelungsmaterie stets bewusst sein.

Johann Eggert



Ulrike Rodust, MdB

Seit dem Inkrafttreten des Lissabonvertrags ist das Europäische Parlament gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat der EU: das ist natürlich ein enormes Plus für die Demokratie. Die größer gewordene legislative Verantwortung des Europäischen Parlaments bedeutet aber auch, dass ich als Abgeordnete 42 Wochen des Jahres zu Sitzungen in Brüssel und Straßburg sein muss.

Um dennoch engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern in meinem ganz Schleswig-Holstein umfassenden „Wahlkreis“ halten zu können, nutze ich regelmäßig auch die neuen Medien. Twitter beispielsweise bietet mir die Möglichkeit, zeitnah auf Interessantes aus der europäischen Politik hinzuweisen. Ich verstehe das aber eher als „Appetithäppchen“: die wenigsten politischen Zusammenhänge lassen sich in 140 Zeichen abschließend darstellen. Mein sonstiges Informationsangebot wie meine Website, den „Europabrief“, andere Publikationen oder beispielsweise Gastbeiträge im „STACHEL“ halte ich für mindestens genauso wichtig.



Sönke Rix, MdB

Mein Profil bei facebook und twitter gibt es seit dem Frühling 2009. Klar: Die Entscheidung, in den sozialen Netzwerken aufzutauchen, hatte auch etwas mit dem Wahlkampf zu tun und mich haben in erster Linie meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die Jusos aus meinem Kreisverband zu diesem Schritt ermuntert.

In Zahlen bedeutet das: 1561 tweets und 688 „follower“ bei twitter und dazu noch einmal 2646 „Freunde“ bei facebook. Da meine Twitterbeiträge auf facebook gespiegelt werden, können ca. 4200 Menschen und Institutionen (abzüglich Doppel-Folger) sehen, was ich als Bundestagsabgeordneter mache und zu welchen Themen ich z.B. etwas auf meiner Homepage veröffentlicht habe. Denn das sind die Informationen, die ich weitergebe. Privates findet auf meinen Twitter- und Facebookseiten so gut wie gar nicht statt (außer wenn Werder Bremen mal gewinnt).

So sind twitter und facebook für mich nützliche Hilfsmittel der politischen Kommunikation. Wie stark es wirklich hilft, lässt sich allerdings nicht konkret nachprüfen. Aber wenn es auch (vielleicht) nichts nützt, schadet es auf jeden Fall auch nicht – wenn man sich nicht so auführt, wie der jüngst gemeuchelte CDU-Spitzenkandidat ...

dududu dadada - Politik bei Twitter und darüber hinaus

Das „dududu dadada“, mit dem Eltern mit ihren kleinen Kindern kommunizieren, würde niemand in Frage stellen. Es hat eine wichtige Funktion: Als phatische Kommunikation bezeichnet die Linguistik solche Sprechakte, die nur der sozialen Kommunikations dienen. Ein großer Teil unserer alltäglichen Kommunikation dient diesem Zweck. Wir wollen uns gegenseitig versichern, dass wir da sind und einen Kommunikationskanal offen halten. Das Gespräch übers Wetter oder den letzten Auswärtssieg der Fußballmannschaft fällt in diese Kategorie.

Der japanische Volkskundler Mitzuko Ito hat in einer Studie festgestellt, dass Teenager mit ihrem Freundeskreis täglich hunderte SMS austauschen, dass die Inhalte aber oft wenig informativ sind. Trotzdem sind die Jugendlichen den ganzen Tag miteinander verbunden. Umgangssprachlich nennt man das Small-Talk, in der Linguistik wird es mit dem gegenseitigen Lausen bei Affen verglichen und der Volkskundler nennt es „Kopräsenz“ - die Teenager sind nicht körperlich präsent, stehen aber zumindest per SMS bei.

Ähnlich ist das bei sozialen Netzwerken wie Facebook, Twitter oder Google+: Die wenigsten Beiträge dienen tatsächlich der Übermittlung von Informationen - gerade die „Trinke gerade Kaffee“-Tweets sind berüchtigt. Wer flüchtig in ein soziales Netzwerk schaut, sieht all diese offensichtlichen Belanglosigkeiten.

Ohne den sozialen Kontext wirkt das auf viele Menschen abschreckend.

Für Menschen in der Politik ist das eine Möglichkeit Kontakte zu bekommen, zu halten und zu pflegen. Einfach nebenher können sie per Mobiltelefon mitteilen, mit was sie sich gerade beschäftigen. Das müssen nicht nur politische Dinge sein. Es ist auch eine Chance sich als Menschen mit Hobbys und Interessen zu zeigen. Allerdings muss man zwischen Persönlichem (z.B. Fußball) und Privatem (z.B. Abzesse) unterscheiden.

Sie haben dann nicht nur die Möglichkeit mit Bürgerinnen und Bürgern spontan in Diskussionen zu treten, sie können auch recht einfach verfolgen, was die Kolleginnen und Kollegen gerade umtreibt. So passiert es, dass ein bekannter Politiker und eine bekannte Politikerin sich trafen und er ihr erzählen wollte, was er

gerade vorher für einen Termin hatte, sie ihn aber unterbrach und sagte: „Das weiß ich doch, ich bin doch auch bei Twitter.“

Soziale Netzwerke können dazu beitragen, dass Bürgerinnen und Bürger mitbekommen, was ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter eigentlich machen, was sie wirklich beschäftigt und sie können zumindest kurz nachfragen - Für längere Diskussionen fehlt leider oft die Zeit und durch technische Beschränkungen manchmal der Platz (Twitter erlaubt nur Beiträge in SMS-Länge).

Die Funktion sozialer Netzwerke lässt sich also eher mit einer Bürgersprechstunde vergleichen als mit einer Diskussionsrunde oder einer Rede. Gegenüber der klassischen Bürgersprechstunde hat die Internet-Kommunikation den Vorteil, dass sie nicht zeitgleich passieren muss. Außerdem können Fragen einmal



öffentlich geklärt werden und stehen dann allen Interessierten zur Verfügung. Die Hürde für den Kontakt ist sehr niedrig, denn soziale Netzwerke sind eine Möglichkeit sich sehr unverbindlich über einen politisch tätigen Menschen zu informieren: Ohne sich groß selbst zu outen, kann man erst einmal verfolgen, was die so machen, bevor man den direkten Kontakt wagt.

Wie Online-Beteiligung aussehen kann, ist noch ein großes Experiment: Es gibt sehr komplexe Ansätze wie Adhocracy oder Liquid Feedback. Das sind Online-Tools, die versuchen informell ablaufende Prozesse in Parteien in Software zu gießen und zur Antragsentwicklung

zu nutzen. Online können Anträge gestellt, diskutiert, abgewandelt, neu diskutiert und letztlich abgestimmt werden. Die SPD testet dieses Verfahren zur Zeit unter <http://onlineantrag.spd.de> - Das Programm ist aber nicht ganz einfach für Einsteiger zu verstehen und eignet sich zumindest bisher eher für den innerparteilichen Einsatz. Etwa zur Online-Zusammenarbeit für Arbeitskreise.

Es gibt aber auch einfachere Lösungen: Die SPD Schleswig-Holstein hat mit ihrem „Demokratiesommer“ Offline (Zukunftsgespräche) und Online (<http://www.demokratiesommer.de>) verbunden. In 15 Veranstaltungen tourte Spitzenkandidat Torsten Albig durch das Land und diskutierte

jeweils einen Abend lang mit den Bürgerinnen und Bürgern über deren Anliegen. Die Ergebnisse wurden protokolliert und Online veröffentlicht. Dort konnte anschließend weiter diskutiert werden. Dazu musste man nicht mehr können, als nach einer kurzen Registrierung Kommentare abzugeben.

Die Parteien probieren zur Zeit alle möglichen Formen der Online-Beteiligung aus. Schön wäre, wenn noch mehr Bürgerinnen und Bürger diese Möglichkeiten nutzen würden.

Steffen Voß
Online-/Social-Media-Referent
beim SPD-Landesverband
Schleswig-Holstein

Facebook Politik im Netz

Wer hat sie noch nicht gesehen, die Politiker im Netz. Ob ein fröhlich twitternder Landesvorsitzender, der uns täglich mit einem Musiktipp beglückt und gleichzeitig mit klarer Kritik am politischen Gegner nicht spart oder ehemalige Spitzenkandidaten, die ihre politische Zuneigung soweit gehen lassen, dass daraus „schlichtweg Liebe“ wird.

Es ist quasi nicht mehr wegzudenken. Das soziale Netzwerk für viele ein absolutes Muss. Für immer mehr Menschen wird es immer selbstverständlicher das Internet und deren Kommunikationswege – und dazu gehören zweifelsfrei auch die sozialen Netzwerke – zu nutzen.

Ein stark aufstrebendes Medium also und jeder, der etwas auf sich

hält, muss sich hier natürlich in Stellung bringen. Idealerweise macht er das sogar selbst und setzt sich so von denen ab, die sich selbst dafür zu fein sind und einen Mitarbeiter für diese Aufgaben beauftragen.

Vorteile bieten sich für die PolitikerInnen auch in der Kommunikationsweise. Innerhalb kürzester Zeit kann relativ unkompliziert Kontakt zu Personen hergestellt und sich vernetzt werden. Die kurze knackige politische Botschaft wandert dann direkt zum Empfänger. Hier kommt dann der nächste Aspekt hinzu: die Dialogorientierung. User können die Botschaft direkt kommentieren und ihre Meinung äußern, im besten Falle entsteht eine direkte Diskussion mit der Politikerin oder dem Politiker.

Politikkommunikation erfolgt aber natürlich nicht nur über ein Medium.

Ob Zeitungen, Fernsehen oder das Internet. Aktuelle Entwicklungen oder Diskussionen werden von den anderen Medien aufgegriffen und so einer noch größeren Öffentlichkeit publiziert. Die einzelnen Medien sind voneinander abhängig und genau diese Abhängigkeit voneinander wird sich in Zukunft mit der Weiterentwicklung im Web 2.0 noch deutlich verschärfen.

So kann man abschließend sagen, dass die Politik im Netz bereits jetzt eine gewaltige Tragweite hat, jedoch trotz dessen noch viel Potenzial nach oben vorhanden ist.

Torben Küßner

Wenn ich drei Wünsche hätte...

Stellt euch vor, ihr hättet drei Wünsche frei. Woran denkt ihr? An Geld, eine Weltreise und eine Villa? An einen Studienplatz, sicheres Einkommen und Pflege im Alter? An Liebe und Freundschaft?

Wenn ich drei Wünsche frei hätte,

Mutter wieder zu ihrem Kind sagen muss, dass es kein Eis bekommen kann, weil selbst die fünfzig Cent für eine Kugel Erdbeereis fehlen. Und wieder wird ein Kind von den anderen ausgelacht, weil es sich nicht die neueste Kleidung leisten und wieder

nicht mit ins Kino kommen kann. Und das nur, weil einige Politikerinnen und Politiker nicht begreifen, was sie mit einer Kürzung des Arbeitslosengeldes anrichten!

Wir müssen begreifen, dass jeder Soldat, der im Krieg fällt, ei-

ness sich alle Menschen der Welt vereinigen. Dass sich alle die Hand reichen, egal, welche Hautfarbe, welche Religion, welche sexuelle Neigung, und egal, ob behindert oder nicht. Ich wünsche mir, dass jeder Mensch als der Mensch genommen wird, der er oder sie ist. Dass nicht mehr länger unterschieden wird und dass niemand wie ein Mensch zweiter Klasse behandelt wird. Schauen wir uns doch an, was verbindet uns? Ist das so schwer zu sehen? Wir sind alle Menschen. Und die Menschenwürde ist unantastbar.

Ich weiß, dass es Kriege auf dieser Welt gibt, Kinder hungern, immer noch Menschen die Augen verschließen und dass wir noch einen langen Weg vor uns haben. Ich weiß, dass ich keine drei Wünsche frei haben werde. Aber ich weiß auch, dass wir gemeinsam für unsere Träume eintreten können. Lasst uns unsere Träume teilen und einfach Mensch sein.

Merle Stöver
Jusos Steinburg

wäre mein erster, dass wir lernen zu begreifen. Dass wir begreifen, dass hinter Zahlen Menschen stecken. Wenn wir in den Nachrichten hören, dass wieder 600 Flüchtlinge auf dem Weg in die Freiheit ertrunken sind, dann sehen wir bloß die Zahl. Sechshundert. Manchmal auch nur 400, manchmal auch doppelt so viel. Dann schalten wir den Fernseher aus. Wir müssen lernen, dass es jedes Mal 600 Menschenleben sind, um die sich keiner bemüht. Sie werden abgewiesen und in den sicheren Tod geschickt. Das ist ein Verstoß gegen die Menschenrechte! Und niemand ist da und begreift. Wir müssen lernen zu begreifen, dass hinter jeder Arbeitslosengeld-Kürzung tausende Menschen stehen! Dass eine

ner zu viel ist. Dass jedes Kind, das vor Hunger stirbt, eines zu viel ist. Dass jeder alte Mensch, der vergessen wird, ein verlorener Mensch ist. Mein zweiter Wunsch ist, dass wir die Augen nicht länger verschließen. Dass wir nicht einfach so hinnehmen. Erhebt euch! Lasst uns zeigen, dass man mit uns nicht alles machen kann! Wir müssen hinsehen, wenn Dänemark die Grenzen schließt! Wir können es nicht hinnehmen, wenn Herr Sarkozy wieder Sinti und Roma abschieben lässt! Wir können nicht die Augen verschließen, wenn es Übergriffe von Rechtsextremen gibt. Lasst uns aufstehen und zeigen, dass bei uns für Rassismus und Rechtspopulismus kein Platz ist! Mein dritter und letzter Wunsch ist,



Mehr Solidarität zwischen Jung und Alt

Altersarmut verhindern und Lebensstandard sichern

Die Finanz- und Wirtschaftskrise liegt gerade so hinter uns und schon spielen die Finanzhaie wieder ihr Casinospiele weiter. Auch die neoliberalen Wirtschafts-„Experten“ melden sich ltangsam wieder und wollen uns mit ihren Vorschlägen beeinflussen.

Dabei waren es gerade diese „Experten“, die nach 2001 mit dafür verantwortlich waren, dass unser Rentensystem radikale Reformschritte verkraften musste. Dabei ging es nicht nur um die Einführung der Rente mit 67. Nein es wurden auch Schritte in die Richtung einer weiteren Privatisierung von Risiken und Finanzierung gelegt. Der Beitragssatz wurde willkürlich auf „unter 20 Prozent“ festgelegt um „Arbeitskosten nicht explodieren“ zu lassen. Die Riesterrente wurde als „weiteres Standbein“ der Rente eingeführt. Dessen Namensgeber arbeitet heute für einen der größten Anbieter von ebensolchen „Standbeinen“. Erste Auswirkungen dieser Politik sind in den letzten Jahren festzustellen gewesen. Die Rentenkassen stehen unter großem Druck. Notwendige Mehreinnahmen wurden nicht generiert, die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die daraus resultierenden Mindereinnahmen in den Sozialversicherungen tragen ebenfalls ihren Teil dazu bei. Wenn sich nichts ändert, dann wird das Versorgungsniveau der Rentnerinnen und Rentner drastisch sinken. Eine Lebensstandardsicherung im Alter rückt damit für viele in weite Ferne und die Gefahr der Altersarmut steigt. Immer mehr

Menschen werden Schwierigkeiten haben, eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erreichen. Schon jetzt muss eine wachsende Zahl von Rentner_innen dazuverdienen oder die staatliche Grundsicherung beantragen, um über die Runden zu kommen. Rund 660.000 Rentner_innen verdienen sich derzeit mit Minijobs etwas dazu. Viele von ihnen tun dies, weil ihnen sonst die Altersarmut droht.

Aus diesem Grund ist eine solidarische Reform des Rentensystems mehr als nötig. Dabei muss auch von alten Mythen Abschied genommen werden, z.B. der Begrenzung der Rentenversicherungsbeiträge auf unter 20 Prozent. Eine leichte Erhöhung würde für Arbeitnehmer_innen sogar billiger kommen, denn wenn die Rente zum Auskommen reicht wären auch weniger (oder keine) privaten Zusatzversicherungen á la Riester notwendig. Diese müssen zurzeit oftmals allein die Arbeitnehmer_innen bezahlen. Auch eine Umstellung auf eine breitere Finanzierung, die auch weitere Gruppen mit einbezieht (z.B. Selbstständige, Freiberufler, Beamte) muss geprüft werden. Die Hoffnung, auf kapitalgedeckte Verfahren zu setzen sollte spätestens nach der Finanzkrise und den Milliardenverlusten im Finanzsektor aufgegeben werden. Das Umlageverfahren – richtig genutzt – ist wesentlich weniger anfällig für Krisen und kann den Lebensstandard für breite Schichten der Bevölkerung sichern.

Reformvorschläge für eine solidarisches Politik gibt es genug. Beispielsweise hat die IG Metall in einem Memorandum umfangreiche Forderungen für eine gerechtere Finanzierung gemacht. Auch der Jusobundesvorstand hat im Vorfeld des kommenden SPD-Bundesparteitages Vorschläge für eine solidarische Rentenpolitik gemacht. Es wird sich zeigen, ob die SPD auf einen neuen Kurs hin zu einer solidarischen Rentenpolitik kommt und sich nicht mehr auf die Meinung neoliberaler „Experten“ verlässt. Die beiden größten Herausforderungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte für eine solidarische Rentenversicherung werden die Lebensstandardsicherung und die Vermeidung von Altersarmut sein. Dabei kommt es auch darauf an, das alte Versprechen des Generationenvertrags wieder auf ein neues Fundament zu stellen. Die „Alten“ werden durch die „Jungen“ unterstützt, während diese sich darauf verlassen können, dass auch sie im Alter von der nächsten Generation unterstützt werden. Mehr Solidarität und weniger Egoismus zwischen Jung und Alt muss eine der Leitlinien unserer Rentenpolitik sein.

Tobias von Pein
SPD Stormarn



Die Bürgerversicherung...

Alle reden davon, aber was ist das eigentlich?

Durch den demographischen Wechsel, die ständige Medikalisierung und durch den technischen Fortschritt, der immer weitere, teurere Behandlungen ermöglicht, ist unser heutiges Gesundheitsversorgungs- und Krankenkassensystem nicht zukunftsfähig. Zudem schürt sich die soziale Ungleichheit und die ungerechte zwei-Klassenmedizin zwischen privat und gesetzlich Versicherten wird von der schwarz-gelben Regierung ausgebaut. Wir brauchen daher Strategien diese Probleme langfristig zu lösen.

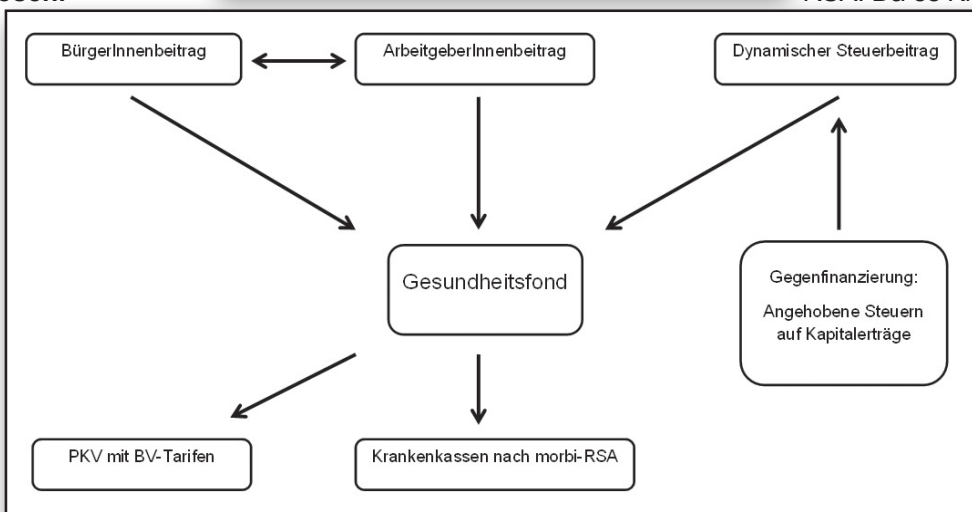
gesetzliche Versicherung und einen Einheitsbeitrag für alle, egal ob Viel- oder Geringverdiener... Ungerecht? AUF JEDEN FALL!

Diejenigen, die den Bürger_innenbeitrag aufgrund von Krankheit, Arbeitslosigkeit etc. nicht leisten

zum Beispiel aus Mieten mit einbezogen. Diese Steuereinnahmen sollen dann in den dynamischen Steuerausgleich fließen, der wiederum wie der gemeinsame Beitragssatz in den Gesundheitsfond fließen. Den Gesundheitsfond kann man sich als ein riesiges Bankkonto vorstellen. Alle Beiträge der gesetzlichen Krankenversicherung fließen zunächst in den Gesundheitsfond. Dieser verteilt nun das Geld an die Kassen. Dies geschieht durch den Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich, kurz morbi RSA. Da es Krankenkassen der



Die solidarische Bürgerversicherung gilt für alle Bürger_innen nach ihrer ökonomischen Leistungstärke. Alle Bürger_innen sind zusammen gesetzlich versichert. Es wird mit der



GKV (Gesetzlichen Krankenversicherung) gibt, die mehr ältere und kränkere Menschen versichert als andere und damit einen erhöhten Risikopool haben, wird der Krankenstand,

Bürgerversicherung keine privaten Krankenkassen mehr geben, bzw. sie werden mit der Zeit auslaufen. Dazu kommt, dass (wie jetzt auch) die Versicherten so viel in die Kassen zahlen, wie sie es ökonomisch auch können. Somit ist der Beitrag an den Arbeitslohn gekoppelt. Das Gegenmodell „die Gesundheitsprämie/ Kopfpauschale“ sieht eine andere Finanzierungsweise vor: weitere Aufspaltung in privat und

können, werden in der Bürgerversicherung natürlich unterstützt.

Die Bürgerversicherung basiert auf 3 Standbeinen. Der Bürger_innenbeitrag, der Arbeitgeber_innenbeitrag und dem dynamischen Steuerausgleich. Dabei sollen sich die Arbeitgeber_innen und Bürger_innen den Beitrag von 15,5% des Gehaltes paritätisch, also zum gleichen Anteil, teilen. Es werden auch andere Einnahmen aus Kapitalerträgen wie

Alter und Anspruch auf Erwerbsminderung durch den morbi RSA berücksichtigt und das Geld dementsprechend verteilt. Somit soll es keine Gewinner und Verliererkassen mehr geben.

Unter der Bürger-versicherung verstehen wir keine Einheitskasse. Es soll mehrere Kassen geben, die unter einheitlichen Rahmenbedingungen konkurrieren.

Unterschiede sollen nur in

zusätzlichen Leistungen bestehen. Der Leistungskatalog der GKV wird natürlich von allen Krankenkassen innerhalb der Bürgerversicherung übernommen, das bedeutet, dass alles was dringend und notwendig ist von der Krankenkasse bezahlt wird. Über diese Begrifflichkeiten lässt sich aber natürlich streiten. Über die Notwendigkeit entscheidet der Gemeinsame Bundesausschuss auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Kosten-Nutzenanalysen. Zudem kommt, dass die

Bürgerversicherung auf einem alt bewährten System beruht. Schon Bismarck versuchte mit der Einführung der Sozialgesetzgebung die soziale Lage der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Mit der Bürgerversicherung würde nicht das gesamte System reformiert werden, wie es die Gesundheitsprämie vorsieht. Der Abbau der sozialen Ungleichheit innerhalb des Krankenkassensystems durch die Wiedereinführung der Parität und die Inanspruchnahme anderer Einkommensarten sind weitere

Vorteile. Weiterhin sinken möglicherweise die Beitragssätze für alle, wenn Anreize geschaffen werden, damit privatversicherte in die Bürgerversicherung wechseln, bis diese eh ausläuft.

Skandinavien macht es uns vor. Gesundheit ist ein meritokratisches Gut, Gesundheit geht uns alle etwas an. Gesundheit für alle und der Abbau der sozialen Ungleichheit mit der Bürgerversicherung.

Maike Voss

Versprochen ist versprochen

Die Hamburger SPD ist der Funke der Hoffnung im so schwer geschundenen Herz der Sozialdemokratie, da schaffen die Schelme doch tatsächlich die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft zu gewinnen. Welch glorieiche Zeit wurde uns da prophezeit, endlich können wir unsere Wahlprogramme umsetzen, ohne auf die eingebildeten Grünen, die CDU oder Gott bewahre die Linken Rücksicht zu nehmen. Also endlich erleben wir wieder SPD pur, was könnte schöner sein?

Es kamen in letzter Zeit vermehrt Stimmen in Umlauf, die die Politik des Hamburger Senats unter der Führung von Olaf Scholz kritisieren. So heißt es von der Universität Hamburg:

„Die Universität Hamburg hat zur Kenntnis nehmen müssen, dass der politische Senat der Stadt den Haushalt für die Hamburger Hochschulen um 6-10 % kürzen will, während der

Haushalt für den Rest der Stadt um 1% steigt [...] Bei einer Umlage der Kürzungen entsprechend den Anteilen der Hochschulen am Gesamtetat der Behörde für Wissenschaft und Forschung würde dieses auch unter Berücksichtigung der nicht kompensierten Mehrausgaben (z. B. Energiekosten) bedeuten, dass die Universität Hamburg schon im Jahr 2011 rd. 20 Mio. Euro einsparen müsste. Dieses entspricht einem Volumen von etwa 400 Stellen.[...] Die Zahl der dadurch fortfallenden Studienplätze beträgt rd. 2.900 (von derzeit 26.500 Studienplätzen für Studierende in der Regelstudienzeit ohne Medizin). Jährlich werden 660 Studierende weniger ein Studium an der Universität Hamburg aufnehmen können. Selbst bei einem völligen Verzicht auf Personaleinstellungen im Verwaltungsbereich der Universität, was allerdings die administrative Unterstützung der Wissenschaft lahmlegen

würde, könnten nur rund 1,5 Mio EUR pro Jahr an Personalkosten durch freiwerdende Stellen eingespart werden. Damit kämen auf die Wissenschaft jährliche Kürzungen in Höhe von 18,5 Mio. Euro zu.“ Quelle

In der Berichterstattung darüber bestätigt die Wissenschaftssenatorin Dorothee Stapelfeldt (SPD), die Kürzungspläne, viel Spielraum sehe sie auch nicht.

Naja Hamburg muss halt sparen denken sich einige und es soll hier auch gar nicht darum gehen, ob diese Entscheidung gut oder schlecht ist. Es soll hier viel mehr um die Verlässlichkeit der SPD und damit auch ihrer Glaubwürdigkeit gehen. Denn neben den WählerInnen könnten sicher einige Mitglieder der SPD auch irgendwie verschnupft sein, eigentlich haben sie etwas anderes erwartet.

Die Hamburger SPD gab sich vor der Wahl ein Regierungsprogramm

ÜBER DEN TELLERRAND

und während sich eben jenes meist, wie leider fast alle Wahlprogramme, in Worthülsen profiliert (Dies ist keine Besonderheit der Hamburger SPD, sondern betrifft fast alle Wahlprogramme), konnte eigentlich bei der Hochschulpolitik von einem anderen Kurs ausgegangen werden. Hierfür einige Höhepunkte aus dem „Regierungsprogramm“ der Hamburger SPD:

Hamburgs Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben – auch unter schlechten Rahmenbedingungen – in den letzten Jahren Hervorragendes geleistet. Jedoch: Während andere Bundesländer ihre Investitionen in die Wissenschaften deutlich gesteigert haben, ist Hamburg im Bundesvergleich zurückgefallen. Wir brauchen mehr junge Menschen mit einem Hochschulabschluss. Wir werden Wissenschaft und Forschung stärken, um Hamburg zukunftsfähig zu machen. Wir werden der Lehre den Stellenwert beimessen, den sie verdient, und wir werden das Bemühen von Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen um herausragende Forschung unterstützen.

Seite 21, Kapitel „Neuanfang in der Wissenschaftspolitik“

Dieser Abschnitt suggeriert, dass die Investitionen in die Wissenschaft gesteigert werden müssen.

Die Rahmenbedingung der Vorgängerregierung, sinkende Investitionen, werden genannt und als schlecht beurteilt. War das von der Vorgängerregierung doch gar nicht so schlecht? Oder wieso soll exakt dieser Kurs beibehalten werden?

Eventuell sprechen natürlich mir nicht einleuchtende Gründe für schlechte Rahmenbedingungen.



Studiengebühren sind unsozial, sie erhöhen Barrieren und verhindern so die dringend notwendige Erhöhung der Studierendenzahlen. Wir haben die Studiengebühren immer abgelehnt. Deshalb werden wir in dieser Legislaturperiode die Studiengebühren wieder abschaffen und die wegfallenden Einnahmen aus Mitteln des Hamburger Haushalts kompensieren. Mit uns wird das Studium bis zum Masterabschluss gebührenfrei sein. Seite 21, Kapitel „Studiengebühren abschaffen“

Die Mittel sollen kompensiert werden, das hört sich gut an und vielleicht werden sie das auch. Wird dafür an anderer Stelle gekürzt ist es jedoch nicht nur unnötig die Kompensation anzukündigen, es ist schlicht und einfach Betrug an allen die sich mithilfe des Wahlprogramms einen Überblick in der politischen Landschaft verschaffen wollen.

Ein SPD-geführter Senat wird ein verlässliches Programm zur baulichen

Entwicklung auflegen, das sich an den Aufgaben der Universität in Lehre und Forschung orientiert und eine klare Perspektive mit Neubauten und einer raschen Modernisierung von wichtigen Gebäuden bietet.

Seite 22, Kapitel „Bauliche Situation der Hamburger Hochschulen verbessern“

Neubauten können noch kommen, vielleicht hält die SPD hier Wort. Doch wie erstrebenswert sind neue Gebäude, wenn dafür Personen entlassen werden müssen?

Voraussetzung für exzellente Forschung und Lehre ist gutes und engagiertes Personal an den Hochschulen, nicht zuletzt bei der Bewältigung des erhöhten Betreuungsaufwands in den Bachelorstudiengängen. Wir wollen die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse beim wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Personal einschränken.

Seite 22, Kapitel „Gute Arbeit in der Wissenschaft“

Es ist zu bezweifeln, dass jeder diese Aussage dahingehend verstanden hat, dass durch Personalabbau die Zahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse eingeschränkt werden. Sicher klappt

das, wenn Menschen arbeitslos werden, dann müssen sie nicht mehr in prekärer Beschäftigung sein, aber dann sollte das vielleicht so auch formuliert werden....

Thomas Stegemann

Denn sie wissen nicht, was sie tun. Tun wir es?

Als angekommen in der „digitalen Gesellschaft“ kann man unsere Partei nicht bezeichnen. Planlos beschreibt die derzeitige Lage wohl am besten. Nach dem Ja zu Stoppschildern rudern wir langsam wieder zurück. Aber noch immer haben die Akteure häufig keine Ahnung, was sie da tun. Jüngstes Beispiel: Der Medienpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, der den Landesdatenschutzbeauftragten auffordert ein Gesetz nicht anzuwenden, welches er selbst vor einigen Jahren noch mit beschlossen hatte.

Gerade die Haltung der konservativen Law & Order-Fraktion in der Partei zur Überwachung und Kontrolle des Internets ist reaktionär. Sicherlich: Kriminalität im Internet ist ein Problem oder in Neusprech eine „Herausforderung“. Aber auf den populistischen Zug aufzuspringen und das Internet bei jeder Gelegenheit als rechtsfreien Raum darzustellen, zeugt entweder von böser Absicht oder halt einfach Unwissenheit.

Aktuell in der Diskussion ist die Vorratsdatenspeicherung. Die Provider werden hier verpflichtet aufzuzeichnen, welche Seiten wir als Nutzer besucht haben, und das für 6 Monate. Auf diese Daten wiederum sollen dann die Strafverfolgungsbehörden Zugriff erhalten. So jedenfalls sehen die Pläne der CDU/CSU und der EU-Kommission aus. Das wird dann gerne damit begründet, dass ja auch jedes Auto ein Nummernschild hat. Stimmt, aber wir überwachen nicht

sämtliche Straßen und speichern die Aufnahmen dann auch noch 6 Monate. Eine kleine Anfrage durch Kai Dolgner hat ergeben, dass die Aufklärungsquote durch gespeicherte Verbindungsdaten gegen Null geht. Das Mittel scheint also vollkommen unverhältnismäßig.

Was bei den meisten Genossen „offline“ eine Selbstverständlichkeit ist, wird „online“ oft als notwendiger Eingriff in die Rechte der Bürger angesehen. Unser netzpolitischer Kompass ist also noch nicht richtig kalibriert. Wir sprechen bei der Aufzeichnung von Verbindungsdaten über eine massive und umfassende Überwachung, ohne dass ein konkreter Tatverdacht vorliegt.

Ich wage die kühne Behauptung, dass viele die Bedeutung des Netzes nicht erfasst haben. Es ist Teil unserer Wirklichkeit. Wir dürfen es nicht als Spielerei abtun, und vor allem dürfen wir es nicht denjenigen überlassen, die sich nur um sich selbst kümmern und einen Dreck um den Rest.

Eine sozialdemokratische Netzpolitik muss auf viele Entwicklungen Antworten finden und das unter einem massiven Zeitdruck. Dass es vielleicht ganz sinnvoll sein könnte erst Mal genug Personal einzustellen und die technische Ausrüstung anzuschaffen, bevor alles überwacht wird, ist da noch eine relativ einfache.

Eine Partei, deren Mitglieder zum Großteil ohne das Internet

aufgewachsen sind, wird aus ihrer Mitte heraus kaum die Motivation entwickeln dem populistischen Nonsens von Parteiführung und Konservativen entgegenzutreten. Das wäre unsere Aufgabe als Jusos. Die Frage, die sich dann allerdings stellt ist, ob wir so viel weiter sind als die Partei.

Cornelius Samtleben
Juso-Landesvorsitzender



Jim die Hose macht eine Näh und Travel

Jim die Hose ist mittlerweile mit seinem Hosibitur durch und überlegt ein Näh und Travel zu machen, um einerseits etwas von der Hosenwelt zu sehen und andererseits für die Levis-Uni einen besseren Stand zu haben. Denn auch Jim weiss, dass es auch mit einem guten Hosibitur immer schwerer wird, dass studieren zu dürfen, was er möchte.

Wohin macht sich nun eine Hose auf, um eine Näh und Travel zu machen? Richtig, nach Malta! Warum Malta? Naja, Hosen mögen es gerne warm und wieder einmal nimmt Jim sich das wwpw. vor und tippt ein: „Land warm“ (Mit 698.000.000 Einträgen ist es nun ein ganz schönes Stück Arbeit, um auf das Land Malta zu stoßen.) Und siehe da, schon springt dem fröhlichen Jim ein Land in den Hosenknopf: M A L T A.

Doch eine Näh und Travel sollte ja nicht nur eine Station haben, deshalb wird einfach auf den nächsten Link geklickt und wie der Zufall es so will erscheint: LAMPEDUSA

Toll denkt sich Jim, nun habe ich zwei warme Länder mit netten Hosen gefunden! Jim schreibt ein paar Elektronische-Hosen-Mails (Nähmails) und wird schnell fündig! Da Jim im Alter von 15 Jahren schon eine Jugend-Hosen-Leiter-Karte gemacht hat, wird ihm exklusiv die Mitarbeit in einem Zeltlager für jeweils drei Monate angeboten. Einmal auf Malta und einmal auf Lampedusa.

Da Jim auch im Hosenland schon ein Zeltlager betreut hat, weiss er

genau, was ihn erwartet. Nämlich: gute Stimmung, Freizeit, Aktivitäten und ganz viel Spaß. Jim freut sich auf sein Näh und Travel und kann vor Spannung schon gar nicht mehr schlafen.

Jims Eltern, die gut situiert sind und ihrem Sohn das Näh und Travel bezahlen können, begleiten Jim auf seiner Reise, damit er zumindest am Anfang nicht ganz alleine ist.

Angekommen auf Malta schlägt es Jim die Sprache. Dieses Zeltlager ist nicht so, wie er es erwartet hatte. Erst einmal fällt ihm auf, dass das Zeltlager eingezäunt und bewacht ist und im Inneren sieht er keine gut gelaunten, fröhlichen und spielenden Hosen. Die Hosen sind zum Teil sehr ausgebleichen und kaputt. Es fehlen den Hosen Knöpfe, Reissverschlüsse und Nähte. Im Allgemeinen machen die Hosen keinen gesunden Eindruck auf Jim. Sie wirken unzufrieden und Jim versteht die Hosenwelt nicht mehr! Es gibt auch keine Näherinnen und Näher, die die kaputten Hosen wieder in Ordnung brachten. Vielmehr geht es wohl nur darum, die Hosen zu lagern und keine Arbeit zu investieren.

Er fragt direkt bei einer angestellten Hösin nach, warum es in diesem Zeltlager denn den Hosen so schlecht geht und die Angestellte versichert Jim, dass es kein normales Zeltlager ist, sondern ein Lager für Hosen, die versuchen, illegal nach Hosopa zu kommen und hier zwischen gelagert werden müssen.

Jim erinnert sich die Dokumentation über Hostex, die er vor kurzer Zeit

gesehen hat. Hostex, die Organisation, die Hosen auf offener See ohne Gründe zurück in die Gefahr schickt. Jim ist baff und fragt seine Eltern, warum denn die Hosen hier behandelt werden, als seien es gar keine Hosen, sondern als seien es Waren, wertlose Waren. Denn wertvollen Waren würde doch geholfen werden! Jims Eltern hatten erneut keine Antwort auf die Frage und Jim wünschte sich, dass er ein Mensch wäre, denn er war sich nach wie vor sicher, dass Menschen so etwas nie tun würden! Jims Eltern ist klar, dass dies nicht der richtige Ort ist und sie machen sich auf den Weg zur nächsten Station nach Lampedusa. Doch auch hier ist die Situation für die Hosen nicht besser. Sie sehen hungrige, kaputte Hosen, die nicht mehr an eine gute Zukunft glauben. Jim fragt gar nicht erst nach, was hier vor sich geht, denn er sieht den Aufdruck eines Bootes: „HOSTEX“. Jim bleibt der Atem stehen und er wünscht sich erneut, dass er ein Mensch ist, denn so böse kann kein Mensch sein!! Da ist er sich sicher!

Nach gerade einmal sieben Tagen Reise, sind die Drei wieder zu Hause angekommen und sind geschlaucht von den Bildern, die sie gesehen haben.

Doch Jim hat eine Hoffnung. Auf der Reise sind ihm immer wieder Presshosen aufgefallen, die Interviews und Bilder von den Lagern gemacht haben. Zu Hause schaltet er gleich den Fernseher ein, um zu sehen, was die Presshosen berichten, aber er sieht bloß Hosen, die sich darüber

aufregen, dass die Gurkenpreise wieder um 7 Cent erhöht wurden!

Jim dachte: Wenn 80.000.000 Hosen im Hosenland jeweils eine Gurke essen, dann sind das: 5.600.000

€ und damit können wir den Hosen dort mindestens einen neuen Hosenkнопf annähen und ihnen eine vernünftige Unterkunft geben mit ausreichend Wasser und Essen! Doch

er ist sich sicher, dass das Geld bestimmt nie dort ankommen wird!

Felix Deutschmann

Kill Your Gender!

Mann? Frau? Gibt es das? Bin ich ein Mann oder eine Frau? Beides irgendwie? Oder nichts davon?

Auf dem Zukunftsgespräch in Eckernförde haben die Jusos Rendsburg- Eckernförde versucht die Besucher_innen einmal über diese Frage nachdenken zu lassen. Hinter eigens angefertigten "Kill your gender"- Wänden versteckte sich der Körper der Teilnehmenden hinter einfachsten Strichmenschen, die Frau und Mann auf altbekannte Weise darstellen.

'Gender' ist die Bezeichnung für das so genannte „gesellschaftliche, soziale Geschlecht“. Dieses „soziale Geschlecht“ ist nicht angeboren, sondern wird uns durch Erziehung und Bildung mitgegeben. Es gibt also „typisch männlich“ und „typisch weiblich“. Wir Jusos Rendsburg-Eckernförde wollen helfen, diese festen Rollenbilder aufzubrechen und die Menschen in unserem Kreis zum Nachdenken anregen..

Aber warum eigentlich?

Die Lebenssituationen der Geschlechter sind nicht gleich! Sie sind geprägt von Machtverhältnissen, Diskriminierung und starren Rollenzuschreibungen, die biologisch begründet werden. Es gibt

nur Mann und Frau, die Möglichkeit, dass es Menschen gibt, die sich nicht in diese Rollen pressen lassen wollen wird dabei ignoriert. Der Hinweis auf diesen Umstand löst bei vielen Menschen Unverständnis aus.

„Ach ne, muss doch nicht sein“, oder „Ich hab heute schon“ waren viele Reaktionen. „Was soll das denn jetzt?“ und „Ich bin doch n Mann!“

Auch der Versuch uns Klogeld zu geben war beliebt. Viele gingen automatisch hinter die Wand, die „ihrem“ Geschlecht gehört, aber auf den Hinweis hin, was der Sinn der Aktion ist, ging bei vielen ein Licht auf.

Wir freuen uns, dass so viele Genoss_innen und Bürger_innen aus Eckernförde mitgemacht haben. Ein kleine Auswahl findet sich in diesem Artikel.

Und: Die Wände kommen wieder und wir kämpfen weiter denn.. Mann? Frau? Oder.. beides.. oder irgendwie nicht..?

Kill Your Gender!

Moritz Deutschmann



Gemeinsam Verändern: Links2011

Unter diesem Motto machten sich 14 Jusos aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde, am 1. April auf den Weg nach Berlin zum dreitägigen Zukunftskongress Links2011.

gesamte Kongress stattfand, eröffnete unser Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt am frühen Freitagabend den Kongress offiziell. Es folgte eine Grundsatz-Podiumsdiskussion mit

die vormittägliche stand im Zeichen der Themen Arbeit/Ausbildung, Bildung und Netzpolitik. In der zweiten Arbeitsphase lagen die Schwerpunkte in den Bereichen Umwelt, soziale Sicherheit und Gleichstellung. Jede/r TeilnehmerIn konnte sich in einer Arbeitsphase aus 18 angebotenen Workshops jeweils einen herausuchen, der ihn/sie am meisten interessierte.

Nach den Arbeitsphasen folgte das Kulturprogramm: Von Poetry Slam über Buchvorstellung bis zu kritischen Filmen war auch hier für jede/n was dabei.

Am Abend fand dann die offizielle Kongressparty statt, wo jeder seine ganz eigenen Erfolge, Höhen und Tiefen zu verzeichnen hatte...

Am nächsten Morgen, frisch und munter, fand die abschließende Gesprächsrunde zur Situation der heutigen Jugendkultur statt, wo kontrovers diskutiert und zum Teil erschreckende Ansichten vertreten wurden.

Mit einem Schlusswort beendete Sascha Vogt den Kongress anschließend offiziell und die Jusos gehen hinaus in ihre Landes- und Kreisverbände, um gewonnene Erkenntnisse weiter zu tragen und die gute Arbeit der Jusos fortzusetzen. Wir aus Rendsburg-Eckernförde werden auch weiterhin offensiv und kritisch unsere Positionen vertreten.

Torben Käßner



Organisiert vom Juso-Bundesverband in Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen wie bspw. der IG BCE-Jugend sollten uns drei tolle Tage voller Diskussionen, Workshops und natürlich jeder Menge Spaß erwarten.

Auf dem Charité Campus des Rudolf-Virchow-Klinikums in Berlin, wo der

dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, die aber in den Augen aller TeilnehmerInnen weiter hinter den Erwartungen zurück blieb.

Am Samstagmorgen begann die eigentliche Arbeitsphase für die etwa 900 Teilnehmenden. Zunächst richtete jedoch der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und regie-

rende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, warme Worte an alle Beteiligten, bevor die Workshops und Diskussionsrunden begannen. Hierbei gab es zwei Arbeitsphasen;



Mehr Demokratie wagen?

Unter dem Titel „Demokratie neu denken?“ diskutierten die Jusos Rendsburg-Eckernförde am Freitag, dem 11. Februar 2011, im Künstlerhaus Eckernförde unter der Moderation der ehemaligen Kreisvorsitzenden Elena Pieper mit vielen Gästen. Dabei waren der Juso-Bundesvorsitzende Sascha Vogt, der SPD-Landesvorsitzende Ralf Stegner und der ver.di-Jugendsekretär André Meyhoff.

Der Juso-Kreisvorsitzende Moritz Deutschmann machte deutlich, dass mehr Demokratie und eine offene Gesellschaft als Ziel linker Politik bekannt seien. Es stelle sich aber die Frage der Ausgestaltung. „Welche Formen von Beteiligung und Mitbestimmung brauchen wir?“, fragte er die über 50 Gäste.

Sascha Vogt unterstrich die Bedeutung dieser Frage angesichts ge-

nicht hinnehmbar, dass Beteiligung und Mitbestimmung mehr und mehr abgeschafft würden, beispielsweise in Betrieben und Hochschulen. André Meyhoff unterstrich dabei auch, die gravierenden Ungerechtigkeiten in der ungleichen Behandlung von Männern und Frauen in unserer Gesellschaft.

Es wurde viel und breit diskutiert. Vorschläge waren die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre und verschiedene Beteiligungsformen als Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Wichtig sei es, den Menschen deutlich zu machen, dass sich über Engagement etwas erreichen lässt.

Wir Jusos Rendsburg Eckernförde freuen uns sehr über diese gelungene Veranstaltung und werden nicht locker lassen, wenn es um eine demokratische und faire Gesellschaft geht!

Götz Borchert



v.l.: André Meyhoff, Ralf Stegner, Elena Pieper, Sascha Vogt

ringer Wahlbeteiligung, besonders bei jungen Menschen. Ralf Stegner machte deutlich, dass es in der Demokratie um mehr gehe, als nur darum, sich an Wahlen zu beteiligen. Es sei

Juso 200

Die Jusos Rendsburg - Eckernförde haben am ersten Schultag des neuen Schuljahres die Aktion „Juso 200“ gestartet.

Vor dem Eckernförder Gymnasium und der Gemeinschaftsschule wurden viele neue bunte Flyer verteilt. Mit dem Ziel: **Den Juso 200 zu finden.**

Über 190 junge Menschen aus dem Kreis Rendsburg-Eckernförde haben sich bereits entschlossen, bei uns mitzuarbeiten und wir freuen uns

über jede und jeden.

Wir stehen kurz vor dem Ziel. **Nutze auch du die Chance und werde Juso 200.**

Denn:

Wir haben die Inhalte

Ob Feminismus, Antifaschismus, Bildung oder vieles anderes! Wir schaffen uns in Seminaren und Diskussionen inhaltliche Grundlagen und bringen diese immer wieder in unsere Arbeit ein.

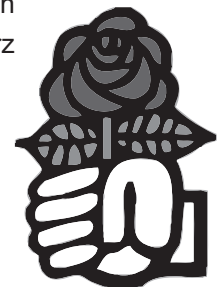
Wir werden aktiv

Wir suchen uns BündnispartnerInnen, gehen auf die Straße und wirken in die Partei!

Wir haben Spaß

Wir arbeiten in lockerer Atmosphäre und lassen in unserer politischen Arbeit auch den Spaß nicht zu kurz kommen.

Werde Juso 200!



Sport-Ticker

Die Sommerzeit ist für uns traditionell auch immer der Zeitpunkt uns sportlich bei diversen Veranstaltungen zu messen. Spaß und gute Laune garantiert. Es berichtet Torben Küßner:



4./5. Juni: Lauf ins Leben – Für die gute Sache

Im dritten Jahr in Folge nahm eine von der SPD Eckernförde initiierte Mannschaft – gespickt mit einigen Jusos – am Lauf ins Leben in Eckernförde teil.

Der Lauf ins Leben ist eine 24-stündige „Über-Nacht-Veranstaltung“ deren Erlös der Schleswig-Holsteinischen Krebsgesellschaft zu Gute kommt.

Der Laufgedanke steht hierbei nicht im Vordergrund, sondern die Teilnahme und das soziale bürgerliche Engagement. Daher werden keine Zeiten und Runden gemessen.

13. Juni: Jusos erfolgreich beim Staffelmarchen

Die Jusos haben am Pfingstmontag erfolgreich am in zehnter Auflage stattfindenden Staffelmarchen in Eckernförde teilgenommen.

Die erste Mannschaft erreichte in guter Zeit als 19. von 109 Mannschaften das Ziel.

Bereits zum fünften Mal in Folge nahmen wir Jusos an dieser sehr gut organisierten Veranstaltung teil. In diesem Jahr sogar mit zwei Mannschaften. Auch diese lief gut und konnte die ebenfalls teilnehmenden JuLis deutlich distanzieren. Wir freuen uns bereits jetzt auf das nächste Jahr.

20. August: Team-Sönke-Rix

beim Beach Soccer in Eckernförde

Bereits im dritten Jahr in Folge nahm das Team-Sönke-Rix an der landesweiten Turnierreihe FlensBeachSoccer Cup teil.

Nach zwei dritten Plätzen in den Jahren 2009 und 2010 war in diesem Jahr leider bereits im Viertelfinale Endstation. Nach einer fußballerisch und kämpferisch sehr ansprechenden Leistung mussten wir unglücklich die Segel streichen.

Spaß hat es allen Beteiligten trotz dessen gemacht. Und im nächsten Jahr greifen wir wieder an.



Jusos in deiner Umgebung

Altenholz und Umgebung

Ansprechpartnerin: Sina Marie Weiß,
sina.marie.weiss@gmx.de

Kronshagen

Ansprechpartner: Eric B. Ludwig
eric.b.ludwig@gmx.de

Bordesholm

Ansprechpartner: Julian Hußmann
j-husmann@gmx.de

Nortorf

Ansprechpartner: Felix Deutschmann
felixdeutschmann@googlemail.com

Eckernförde

Ansprechpartner: Torben Küßner
torbenkuessner@gmx.de

Rendsburg / Büdelsdorf / Umland

Ansprechpartner: Marlon Kruse
marlonkruse@spd-online.de

Gettorf und Umgebung

Ansprechpartner: Tim Witte
gettorf@jusos-rd-eck.org

Kreisverband

Ansprechpartner: Moritz Deutschmann
you_little.swine@web.de



www.jusos-rd-eck.de

Knallhart nachgefragt bei ...



Name: Ulrike Rodust

tauschen wollen.

Alter: 62

Wohnort: Holzdorf

Du bist zurzeit? (Beruf):
Mitglied des Europäischen Parlaments

Als Kind wolltest Du welchen Beruf ergreifen?
Sozialarbeiterin

Jugendsünden? Ich hab mir mal eine Dauerwelle machen lassen – das Ergebnis war entsetzlich!

Lieblingsbuch: Das wechselt immer mal wieder. Sehr berührt hat mich Isabel Allendes Brief an ihre 1992 verstorbene Tochter, der zwei Jahre später unter deren Namen „Paula“ als Buch erschienen ist: Eine spannende Rückschau auf Allendes Kindheit in Chile und ihre Jahre im Exil.

Lieblingsfilm: Eigentlich kein Film, sondern eine ganze Serie: „Roots“. Die Verfilmung der amerikanischen Familiensaga von Alex Haley habe ich das erste Mal als junge Frau gesehen. Die Geschichte des von Sklavenhändlern aus Westafrika verschleppten Kunta Kinte und seiner Nachfahren hat mich sehr beeindruckt.

Wenn Du ein Tier wärest, wärest Du: Ganz sicher eine Katze.

Dein Vorbild: Am ehesten vielleicht meine Mutter. Mir fällt es aber schwer, mich auf ein konkretes Vorbild festzulegen. Ich hatte auch als Kind nie Idole, deren Poster ich aufgehängt hätte und halte heute noch nicht viel davon, einzelne Menschen so zu überhöhen.

Mit wem würdest Du gerne einen Monat lang tauschen? Mein Leben ist gut, meine Arbeit super spannend. Ehrlich gesagt würde ich im Moment mit niemandem

Was an Dir selbst gefällt Dir besonders gut, was sind Deine Stärken? Ich bin offen für Menschen und für ihre Sorgen. Ich differenziere nicht zwischen großen und kleinen Nöten, sondern weiß, dass jeder Mensch mit seinem konkreten Problem ernst genommen werden will.

Was an Dir gefällt Dir selbst nicht, was sind deine Schwächen? Ich bin ziemlich pedantisch, will immer alles 120 oder noch besser 240-prozentig gemacht haben.

Was ist für Dich eine Versuchung? Gutes Essen!
Was willst Du unbedingt einmal tun? Mit meinen Enkeln zusammen sitzen, wenn die erwachsen sind, und ihnen von meinem Leben erzählen – und ihnen sagen, dass es sich lohnt, sich für andere zu engagieren.

Die SPD bedeutet für Dich: Meine politische Heimat.

Deine Juso Vergangenheit: War sehr turbulent und von vielen Demos und dem Wunsch geprägt, die Welt zu verändern. (Das will ich übrigens immer noch!)

Dein Lieblingszitat: Eine meiner Mitarbeiterinnen hat auf ihrem Schreibtisch eine Friedrich Ebert Karte stehen mit dem Zitat „Demokratie braucht Demokraten“. Das ist eine Mahnung, die in den letzten hundert Jahren nichts an Wichtigkeit verloren hat!

Deine Botschaft an die Jusos RD-ECK: Nie müde werden. Es gibt noch viel zu tun!



Jusos beim
Staffelmarathon
2011 in Eckernförde

